

# Delmenhorst lehnt die Südvariante ab

## Rat beschließt Bau einer Verbindungsstraße parallel zur B 212 neu / Kommunalverbund als Vermittler

Von unserem Redakteur  
Kai Purschke

**DELMENHORST. Der Wunsch von Oberbürgermeister Patrick de La Lanne blieb gestern Abend unerfüllt – zu einem einstimmigen Ratsbeschluss in Sachen B 212 ist es nicht gekommen. Aber zu einer mehrheitlich beschlossenen Stellungnahme der Stadt Delmenhorst, die unter anderem die Südvariante ablehnt. Auf wenig Gegenliebe im Gremium stießen die Forderungen von Marlis Düßmann (Grüne) und Eva Sassen (Bürgerforum) nach der Null-Variante.**

Über den am Mittwoch vom nicht öffentlich tagenden Verwaltungsausschuss geänderten Beschlussvorschlag zur Stellungnahme stimmten die Ratsleute gestern auf Antrag der SPD namentlich ab. Vier votierten mit Nein, sieben Politiker enthielten sich

der Stimme. So auch die FDP. „Uns geht die Stellungnahme nicht weit genug“, begründete Fraktionschef Uwe Dähne hinterher die Haltung der fünf Liberalen. Auch Lothar Mandalka (parteilos) und Jörg Dombrowe (LAD) enthielten sich. Mit „Nein“ votierten die Grünen Marlis Düßmann und Günter Matthes, Henning Suhrkamp (Tierschutzpartei) und Eva Sassen (Bürgerforum). Günter Matthes hatte das Dilemma deutlich gemacht: „Egal ob eine Variante oder die Null-Lösung, die Stadt wird leiden.“ Annette Schwarz (CDU) stellte klar: „Die Stehdinger Straße kann nicht die Not-Autobahn für den Anschluss zur A 1 sein.“ Susanne Mittag (SPD) mahnte: „Wer der Vorlage nicht zustimmt, unterstützt Bremen und die Landesbaubehörde.“

Die Stadt Delmenhorst lehnt somit die Südvariante der Bundesstraße 212 neu ab

und fordert zusätzlich den Bau einer Verbindungsstraße zwischen B 212 und A 28, der zeitgleich realisiert werden soll. Außerdem soll die Verwaltung eine Lösung der zu erwartenden Verkehrsprobleme für Delmenhorst und Ganderkesee finden – und zwar unter der Moderation des Kommunalverbunds Niedersachsen/Bremen und somit unter Einbeziehung der Stadt Bremen.

Für den Kommunalverbund sind die Moderationsverfahren kein Neuland, wengleich er sich noch nie mit einer Straße befasst hat. Manfred Cordes, Vorsitzender des Verbunds, erklärte gestern unserer Zeitung: „Dieses Verfahren haben wir schon über 30 Mal durchgeführt. Aber jedes Mal ging es um die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel.“ Der Vorstand des Kommunalverbunds tritt in diesen formellen Verfahren als Vermittler zwischen zwei Kommunen

auf. Dass Delmenhorst nun diese Moderation anstrebt, wertet Cordes als positives Signal. „Für mich ist das ein Zeichen, dass sich die Lage entspannt. Es wäre ja auch schlimm gewesen, wenn zwei Kommunen so aufeinander zugerast wären.“

Der Kommunalverbund-Vorsitzende spricht seinem Vorstand eine große Erfahrung zu und hat auch eine hohe Erfolgsquote ausgemacht. „In allen Fällen bis auf einen haben sich die Beteiligten geeinigt“, erzählt Cordes. Der eine Fall sei die Ansiedlung von Möbel Kraft am Weserpark. „Es war auch das einzige Mal, dass der Vorstand eine Entscheidung fällen musste.“ Die beinhaltet eine Empfehlung an die Beteiligten, die dieser aber nicht folgen müssen. Im Kommunalverbund sind Bremen sowie 31 umliegende niedersächsische Städte und Gemeinden zusammengeschlossen.

*Delmenhorster Kurier des LWK, 12.12.07 Seite 1*